

ÜBERLANDWERK

ÜWL

energie
LEINETAL

wasser



Regional, zukunftsweisend, persönlich und fair.

2017

Jahresbericht

Bericht über das Geschäftsjahr 2017

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

Impressum

Herausgeber

Überlandwerk Leinetal GmbH

Am Eltwerk 1

31028 Gronau (Leine)

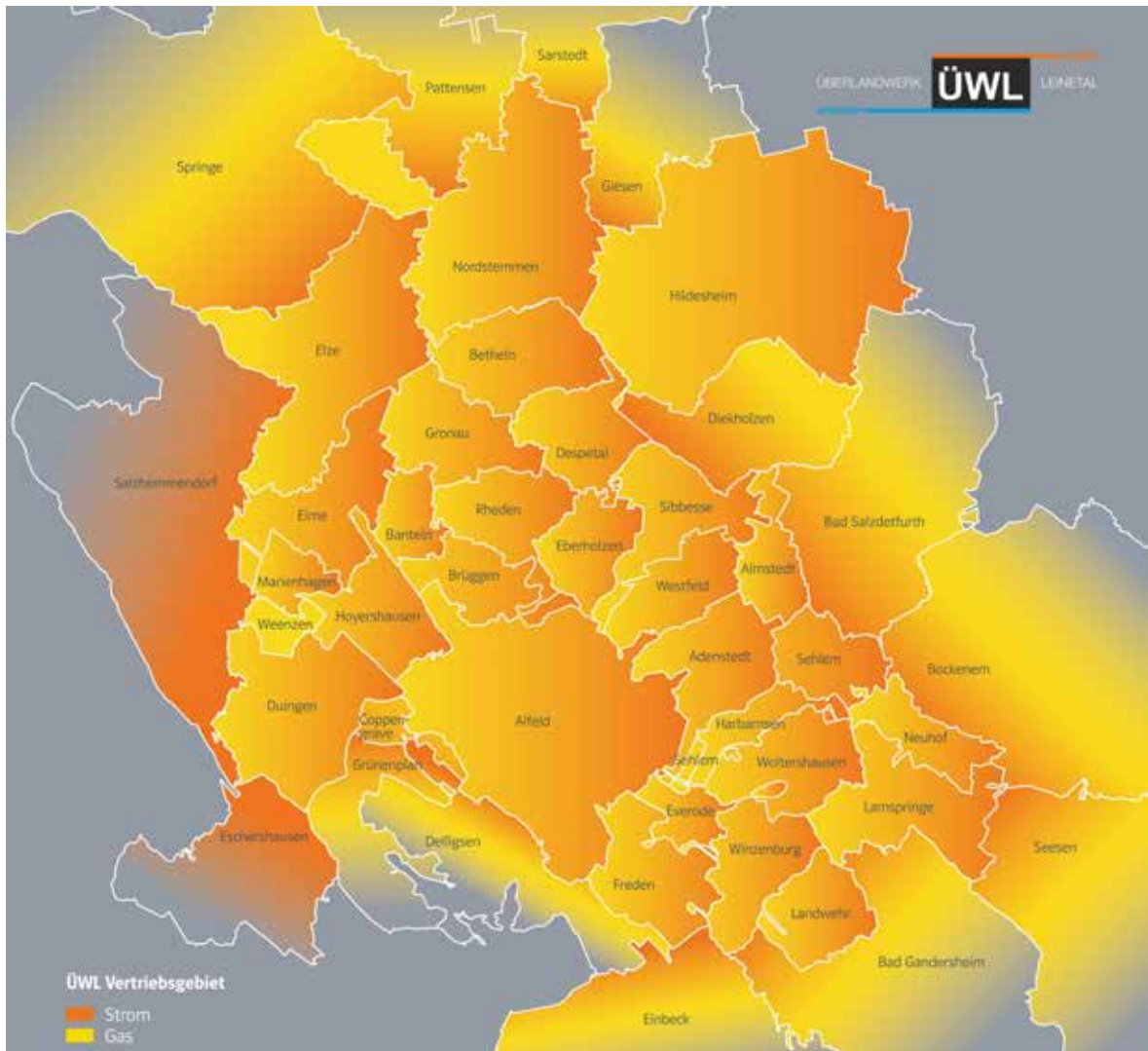
Telefon: (0 51 82) 5 88-0

Telefax: (0 51 82) 5 88-25

E-Mail: info@uewl.de

Internet: www.uewl.de

ÜWL-Vertriebsgebiet



Inhaltsverzeichnis

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017	7
Strom-, Gas- und Wasserversorgung	11
Investitionen, Mitarbeiter	14
Chancen- und Risikoberichterstattung	16
Prognosebericht	17
Bilanz zum 31. Dezember 2017	18
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017	19
Entwicklung des Anlagevermögens	20
Anhang	22
Entwicklung der Finanzanlagen	30
Organe der Gesellschaft	32
Bericht des Aufsichtsrats	34
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	35



„Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr lebe ich!“

Albert Einstein

Lagebericht 2017

1. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

1.1 Geschäftstätigkeit

Die sich aus dem Gesellschaftsvertrag ergebende Geschäftstätigkeit des Unternehmens ist die Erzeugung, der Bezug und die Lieferung von Gütern des lebenswichtigen Bedarfs, insbesondere elektrischer Arbeit, zur einheitlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft. Die Gesellschaft kann zu diesem Zweck andere Unternehmen dieser Art erwerben, sich an diesen beteiligen oder deren Betrieb pachten.

Das Überlandwerk Leinetal (ÜWL) betreibt ein regionales Strom- und Wassernetz im Landkreis Hildesheim, an das rund 38.100 Kunden im Strom und rund 12.800 Kunden im Wasser angeschlossen sind. Darüber hinaus beliefert ÜWL ca. 30.400 Kunden mit Strom und hat im Geschäftsjahr 2015 begonnen, Kunden mit Gas zu beliefern. Die Zahl der Gaskunden belief sich zum Jahresende bereits auf mehr als 1.000 Kunden.

Die Gesellschaft nutzt ihr Know-how, um Dienstleistungen in der Betriebsführung und im Netzmanagement anzubieten. Sie hat u.a. die Betriebs- und Geschäftsführung des Wasserwerks der Gemeinde Freden und die technische Betriebsführung des Wasserwerks Lamspringe übernommen. Außerdem hat ÜWL ab dem Jahresbeginn 2017 in der Gemeinde Harsum die technische Betriebsführung für die Wasserversorgung übernommen. Für eine Reihe von Gemeinden übernimmt ÜWL die Abrechnung der Wasser- und Abwassergebühren. Weitere Dienstleistungen von ÜWL sind u.a. Wartungs- und Erneuerungsarbeiten für Straßenbeleuchtungen sowie der Stationsbau.

In der Tätigkeit als Elektrizitätsnetzbetreiber unterliegt das Unternehmen den entsprechenden rechtlichen und wirtschaftlichen Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) und der nachfolgend erlassenen einschlägigen Verordnungen zur Regelung der Aufgaben von Verteilernetzbetreibern. Rechnungslegung und Buchführung erfolgen gemäß den Vorgaben des § 6b EnWG. Die Überwachung der regelungskonformen Tätigkeit oblag im Geschäftsjahr 2017 der Landesregulierungsbehörde. Aufgrund der Anzahl der an das Netz des Unternehmens angeschlossenen Kunden fällt das Unternehmen hinsichtlich der Entflechtungsvorgaben unter die Deminimis-Regelung für vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen mit weniger als 100.000 angeschlossenen Kunden.

1.2. Technologie

Im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung nutzt ÜWL die Kompetenzen, den lokalen Bezug und seine Beteiligungen, um die Energiewende erfolgreich und modern zu gestalten. Zusätzlich wird durch Kooperationen mit verschiedenen Dienstleistern dem Kunden angeboten, z.B. Photovoltaikanlagen zu erwerben und dadurch selbst die Energiewende mit zu gestalten.

1.3. Umwelt

Für ÜWL als regionaler Energieversorger und Netzbetreiber ist der Klimaschutz wichtiger Bestandteil der Unternehmensphilosophie. ÜWL unterstützt die Ziele der Energiewende durch einen nachhaltigen und zukunftsweisenden Ausbau des Energienetzes, durch den Vertrieb von 100 % zertifiziertem Öko-Strom für alle Kunden außerhalb des Großkundensegments und Beteiligungen an regenerativen Stromerzeugungsanlagen.

ÜWL beteiligt sich an regionalen EEG- und Umweltprojekten, u.a. auch durch die Mitarbeit in der Klimaschutzagentur Hildesheim – Peine.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das globale wirtschaftliche Geschehen im Jahr 2017 wird von der OECD als gestärkt angesehen. Durch monetäre und fiskalische Einflüsse konnten die meisten Länder verbesserte Wachstumsraten aufweisen. Das globale Wirtschaftswachstum wurde auf 3,6 % geschätzt. Im Euroraum lag die Steigerung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) nach Schätzungen der OECD bei etwa 2,4%. Der Euroraum profitierte von der anhaltend lockeren Geldpolitik der EZB und den fiskalpolitischen Maßnahmen. Durch die sich daraus ergebende robuste Inlandsnachfrage wurde das Wirtschaftswachstum in Deutschland kaum durch die Weltwirtschaft belastet. Die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt wirkte hier zusammen mit dem günstigen geldpolitischen Umfeld stützend.

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,2 % nach im Vorjahr um 1,9 %. Der Außenbeitrag, die Differenz zwischen Importen und Exporten wirkte sich leicht positiv auf das Bruttoinlandsprodukt aus. Importe von Waren und Dienstleistungen wuchsen um 5,2 % nach 3,4 % im

Vorjahr und Exporte wuchsen um 4,7 % nach 2,5 % im Vorjahr.

Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die praktische Umsetzung des Pariser Klimavertrages stand bei der 23. Klimaschutzkonferenz vom 6. bis zum 17. November in Bonn im Vordergrund.

Die Europäische Union hat ein zweijähriges Gesetzgebungsverfahren zur Reform des Emissionshandels für den Zeitraum 2021 – 2030 abgeschlossen. Das neue Verfahren sollte zu einem Rückgang des Überangebots an Emissionszertifikaten führen und zu einem Anstieg des Gesamtpreises für CO₂.

In Folge der Energiewende ist die Integration der erneuerbaren Energien nicht nur eine große Herausforderung für die Übertragungsnetze, sondern insbesondere für die Verteilnetze. Die nach wie vor ständig wachsenden Mengen dezentral erzeugten Stroms aus Wind, Sonne und Biomasse stellen ÜWL als Verteilnetzbetreiber vor immer größere Herausforderungen. Nahezu alle Solar-Anlagen und weit über 90 % der Nettoleistung aller Windkraftanlagen sind an das Verteilnetz angeschlossen.

Darüber hinaus werden sich durch den rasanten Ausbau der erneuerbaren Energien auch im Durchschnitt die Netzentgelte erhöhen, die ihrerseits für den Ausbau der Stromnetze erforderlich sind. Durch gleichzeitig sinkende Netzinanspruchnahme bei der Belieferung von Kunden ergibt sich bei unveränderten langfristigen Kosten der Netze eine weitere Erhöhung der Netzentgelte und der damit verbundenen Umlagen.

So stieg die EEG Umlage in 2017 erneut von 6,354 ct/kWh auf 6,880 ct/kWh.

Ebenso stieg die Umlage gem. § 19 Abs. 2 StromNEV, die von Netzbetreibern erhoben wird, um entgangene Erlöse aufgrund individueller Netzentgelte gegenüber einzelnen Letztverbrauchern mit Sonderformen der Nutzung auszugleichen. Diese betrug je nach Letztverbraucher im Geschäftsjahr zwischen 0,025 ct/kWh und 0,388 ct/kWh im Vorjahr zwischen 0,025 und 0,378 ct/kWh.

Die KWK-G Umlage sank je nach Letztverbrauchergruppe von 0,030 ct/kWh und 0,445 ct/kWh in 2016 auf einen Betrag von 0,030 ct/kWh und 0,438 ct/kWh in 2017. Die Offshore Haftungsumlage gemäß §17f EnWG an Letztverbraucher für geleistete Entschädigungszahlungen wurde im Geschäftsjahr mit einem Betrag zwi-

schen -0,028 ct/kWh und 0,038 ct/kWh in Abhängigkeit vom Jahresverbrauch erhoben. Im Vorjahr waren es zwischen 0,025 ct/kWh und 0,040 ct/kWh.

Im Jahr 2017 wurden die gemäß der Verordnung zu abschaltbaren Lasten (AbLaV) weitergereichten Umlagen in Höhe von 0,006 ct/kWh ermittelt und weitergeleitet. Die Netzentgelte unterliegen seit dem 1. Januar 2009 der Anreizregulierungsverordnung (ARegV). Grundlage für die Netzentgelte sind die von der Bundesnetzagentur festgelegten Erlösbergrenzen und sind dadurch ebenfalls ein regulierter Kostenbestandteil. Die Erlösbergrenze hat sich im Wesentlichen aufgrund der höheren Kosten des vorgelagerten Netzes erhöht. Aus den angepassten Erlösbergrenzen entwickelte das Unternehmen das Netzentgelt, das für den Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 galt.

Wasserwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die gegenwärtigen Aktivitäten um die Energiewende dominieren die öffentliche Diskussion, so dass vor allem wichtige ordnungsrechtliche Entwicklungen für die deutsche Wasserwirtschaft in den Hintergrund treten. Der Einfluss der europäischen Politik auf den Trink- und Abwasserbereich nimmt stetig zu. Die Anzahl der Themen, die für ÜWL relevant sind und daher beobachtet werden müssen, steigt. Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen nationalen und europäischen Interessen und müssen schließlich als komplexes Ganzes betrachtet werden.

Der Wassergebrauch durch Endkunden ist geprägt durch Wasserspartechiken in modernen Geräten und demografische Effekte. Im Versorgungsgebiet stellt ÜWL eine insgesamt sinkende Bevölkerung fest.

Um Trinkwasser jederzeit in hoher Qualität dar zu bieten, lässt ÜWL das Wasser vorsorglich in großem Umfang durch zertifizierte Untersuchungsstellen regelmäßig analysieren.

Geschäftsverlauf

Die Versorgung der Kunden mit Strom und Wasser im Versorgungsgebiet sowie die Erbringung der weiteren Dienstleistungen konnte ÜWL im Berichtsjahr ohne nennenswerte Beeinträchtigungen jederzeit voll erfüllen. ÜWL bot nunmehr im dritten Jahr Kunden auch die Belieferung mit Erdgas an und hat bereits ca. 1.000 Kunden gewonnen.

Das Geschäftsjahr verlief im Wesentlichen wie geplant.

Es ergaben sich keine wesentlichen Änderungen in der Umsatzerwartung. Erwartungsgemäß war das Geschäftsjahr erneut stark belastet durch die Zinsproblematik in der Bewertung der Pensionsrückstellung, so dass sich ein Ergebnis von ca. 1,6 Mio. Euro ergab, das aber einer Ausschüttungssperre unterliegt, die Ende 2017 auf ca. 3,7 Mio. EUR angewachsen ist. Das Ergebnis vor Steuern sank gegenüber dem Plan, der in der AR Sitzung im November 2016 vorgestellt wurde, von 2.115 T€ auf 1.668 T€. Die Abweichung resultiert ganz wesentlich aus der großen Wasserstörung im Herbst des Jahres, die ca. 550 T€ Kosten verursachte.

Der Absatz im Stromgeschäft betrug 127,5 Mio. kWh (Vorjahr 131,5 Mio. kWh). Durch unser Netz flossen insgesamt 514,8 Mio. kWh (Vorjahr 521,0 Mio. kWh). Aus erneuerbaren Energieträgern wurden 167,5 Mio. kWh (Vorjahr 148,0 Mio. kWh) in das ÜWL-Netz aufgenommen und an den Verbund weitergeliefert.

Die vom Verteilnetz aufzunehmenden Mengen aus erneuerbaren Energien, insbesondere aus Photovoltaik, Biogas und Wind, wachsen weiter. Der Anteil regenerativer Energien im Überlandwerknetz lag im Berichtsjahr bei ca. 32 %.

Die Kosten aus der Änderung der gesetzlichen Umlagen hat ÜWL durch entsprechende Anpassung der Endpreise zum 1. Januar 2017 an ihre Stromkunden weitergegeben.

Im Trinkwassergeschäft wurden im eigenen Gebiet 1,7 Mio. cbm (Vorjahr: 1,8 Mio. cbm) an Endkunden abgesetzt.

Der Gasvertrieb wurde offiziell zum 1. Januar 2015 aufgenommen und entwickelte sich wie geplant. Ende 2017 wurden ca. 1.000 Kunden mit Gas bei vier Netzbetreibern beliefert. Der Gesamtabsatz belief sich auf 25,0 Mio. kWh (Vorjahr 15,1 Mio. kWh).



Einblick in das ÜWL-Treppenhaus



Fahrzeuge ergänzen sich bei der Arbeit

Strom-, Gas- und Wasserversorgung

Stromversorgung

Als Elektrizitätsvertriebsunternehmen deckte ÜWL im Jahr 2017 den Strombedarf fast vollständig bei der Uni-Per Energy Sales GmbH mit 137,2 Mio. kWh und bei privaten Blockheizkraftwerken mit 0,9 Mio. kWh.

Im Einzelnen entwickelte sich der Stromverkauf im eigenen Netz wie folgt:

Kundengruppe	Mio. kWh	Veränderung zum Vorjahr %	Anteil %
Tarifkunden			
Haushalt	61,0	- 2,8	48,6
Gewerbe	13,0	- 2,1	10,4
Landwirtschaft	3,1	- 6,2	2,5
	77,1	- 2,8	61,5
Sonderkunden			
Industrie und andere Abnehmer	38,3	- 3,3	30,5
Elektroheizung	10,1	- 8,2	8,0
	48,4	- 4,4	38,5
	125,5	- 3,5	100,0

Zusätzlich wurden außerhalb des eigenen Netzes 1,9 Mio. kWh abgesetzt.

In allen Kundensegmenten sank der Absatz. Ursache dafür sind sowohl Kundenverluste an andere Stromanbieter als auch geringere Abnahmen der einzelnen Kunden. Doch dem entgegen konnte insbesondere bei Sondervertragskunden im Industriebereich der Absatzrückgang durch Kundenverluste an andere Lieferanten gestoppt werden.

Netznutzung

Am 31.01.2017 trat um 11:15 Uhr die Jahreshöchstleistung im Netz mit 78,7 MVA auf. Die Jahresbenutzungsdauer belief sich auf 6 707 Stunden.

Die Stromabgabe des Netzes betrug im Berichtsjahr 514,8 Mio. kWh.

Rund 387,6 Mio. kWh wurden von fremden Stromhändlern aufgrund eines Netznutzungsvertrages an Abnehmer im ÜWL-Versorgungsgebiet geliefert. Davon entfielen 282,2 Mio. kWh auf den größten ÜWL-Kunden.

Gemäß dem Verfahren des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wurden aus Biomasse-Verstromungsanlagen 122,0 Mio. kWh, aus sieben Laufwasserkraftwerken

und einer Rohrturbine der Harzwasserwerke 10,6 Mio. kWh sowie aus Wind- und Sonnenenergieanlagen 34,9 Mio. kWh in das ÜWL-Netz aufgenommen und an den Verbund oder zur Direktvermarktung durch den Erzeuger weitergeliefert.

Wasserversorgung

Der gesamte Wasserbedarf von 2 492 507 cbm Trinkwasser wurde zu 17 % aus eigenen Brunnen gefördert und zu 83 % von der Harzwasser-Kommunale-Wasserversorgung GmbH (kurz: HKW), Syke, bezogen.

Unmittelbar wurden die Samtgemeinde Leinebergland, die Gemeinden Nordstemmen und Sibbesse und der Ortsteil Esbeck der Stadt Elze mit 1 740 450 cbm beliefert.

Im Einzelnen entwickelte sich dieser Wasserabsatz wie folgt:

Kundengruppe	cbm	Veränderungen zum Vorjahr %	Anteil
Tarifkunden	1 556 031	-2,6	89,4
Sonderkunden	184 419	-25,6	10,6
	1 740 450	-5,7	100,0

An Sonderkunden zur Weiterbelieferung in anderen Wassernetzen wurden 380 420 cbm geliefert. Davon gingen an Purena für die Stadt Elze 79 764 cbm, an die Stadt Pattensen für den Ort Schulenburg 99 322 cbm, den WBV Irmenseul 166 538 cbm und an weitere Abnehmer 34 796 cbm. Das Wasserwerk der Gemeinde Freden (Leine), dessen Geschäfte von ÜWL seit 1998 geführt werden, setzte 204 804 cbm Trinkwasser ab. Die von ÜWL übernommene Betriebsführung der Wasserversorgung der Gemeinde Lamspringe, setzte 2017 232 701 cbm ab. Außerdem hat ÜWL ab dem 1. Januar 2017 in der Gemeinde Harsum die technische Betriebsführung der Wasserversorgung übernommen.

Gasversorgung

Es besteht ein Vertrag mit der GETEC Energie AG, die benötigten Gasmengen über Standard-Handelsprodukte und Spotmarktprodukte bereitzustellen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage	Mio. EUR 2017	Mio. EUR 2016	Abw.
Umsatzerlöse inkl. aktivierten Eigenleistungen	46,9	44,2	+2,7
Sonstige betriebliche Erträge	0,7	1,1	+0,6
Materialaufwand	-33,1	-29,6	-3,5
Personalaufwand	-7,9	-7,6	-0,3
Abschreibungen	-2,5	-3,3	+0,8
Sonstiger betrieblicher Aufwand	-1,2	-1,1	-0,1
Finanzergebnis	-1,2	-1,1	-0,1
Ergebnis vor Steuern	1,7	1,6	-0,1
Steueraufwand	-0,9	-1,0	+0,1
Jahresüberschuss	0,8	0,6	+0,2

Der Jahresüberschuss erhöht sich von 0,6 Mio. EUR auf 0,8 Mio. EUR.

Die um die Stromsteuer bereinigten Umsatzerlöse aus dem Stromverkauf an eigene Kunden sind wie die leicht gesunkenen Absatzmengen um 0,7 Mio. EUR auf 26,6 Mio. EUR gesunken. Der sich auswirkende Abgang von größeren Gewerbekunden konnte somit im Handel in 2017 aufgefangen werden. Die Umsatzerlöse aus der Netznutzung Dritter stiegen um 2,1 Mio. EUR auf 11,8 Mio. EUR. Diese sind insbesondere bei dem größten Sonderkunden um ca. 1,6 Mio. EUR und allgemein aufgrund der angehobenen Netzentgelte im Vergleich zu 2016 gestiegen.

Durch die leicht gesunkene Absatzmenge verminderten sich die Umsatzerlöse aus dem Wasserverkauf um 0,2 Mio. EUR auf 4,1 Mio. EUR.

Die Erträge aus Nebengeschäften sowie aus der Auflösung von Investitionszuschüssen erhöhten sich um 0,6 Mio. EUR auf 2,0 Mio. EUR.

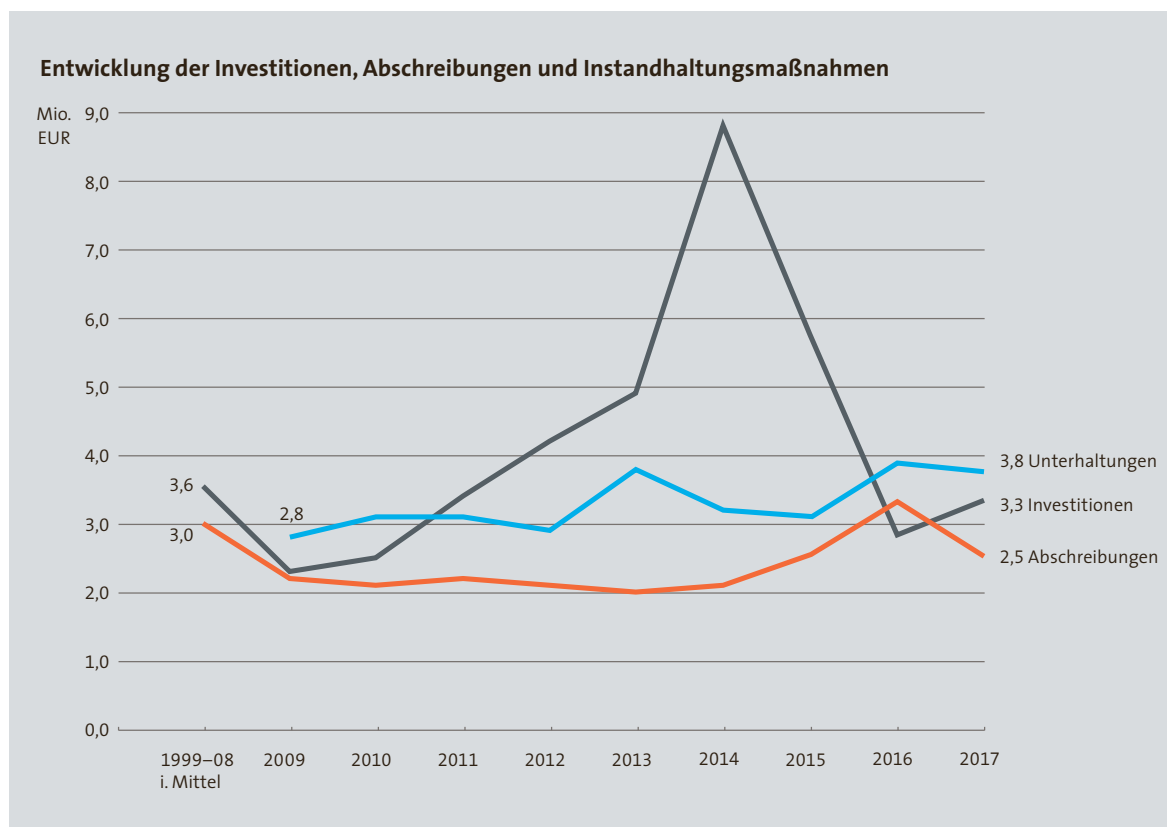
Der Materialaufwand bezieht sich im Wesentlichen auf den Wasserbezug, den Gasbezug sowie den Strombezug (einschließlich Netzentgelte) und die damit zusammenhängenden Abgaben.

Vermögenslage	Mio. EUR 2017	Mio. EUR 2016	Abw.
Immaterielle VG und Sachanlagen	33,7	33,4	+0,3
Finanzanlagen	2,4	2,5	-0,1
Vorräte	0,5	0,5	0
Forderungen	7,7	6,8	+0,9
Flüssige Mittel	4,1	2,8	+1,3
Übrige Aktiva	0,2	0,2	0
Aktiva	48,6	46,2	+2,4

Vermögenslage	Mio. EUR 2017	Mio. EUR 2016	Abw.
Eigenkapital	11,9	12,3	-0,4
Zuschüsse	0,5	0,7	-0,2
Langfristige Rückstellungen	20,2	20,0	+0,2
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	3,3	3,5	-0,2
Kurzfristige Rückstellungen	4,2	3,1	+1,1
Verbindlichkeiten	8,5	6,6	+1,9
Passiva	48,6	46,2	+2,4

Sowohl das Bilanzvolumen als auch die Bilanzstruktur werden bei der für ein Versorgungsunternehmen üblichen hohen Anlagenintensität vorrangig vom Umfang der Sachanlagen und von den zur Finanzierung notwendigen Mitteln bestimmt. Im Vergleich zum Vorjahresstichtag erhöhte sich die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2017 bei unterschiedlicher Entwicklung im Einzelnen um 2,4 % auf 48,6 Mio. EUR.

Das Anlagevermögen wurde mit Ausnahme des Neubaus, welcher mit 3,8 Mio. EUR fremdfinanziert wurde, vollständig durch Eigenmittel und andere langfristig verfügbare Mittel finanziert. Die Eigenmittelquote verringert sich unter Einbeziehung des Jahresüberschusses



und der erhöhten Bilanzsumme auf 24,5 %. Unter Einbeziehung der Zuschüsse beträgt die Quote nunmehr 25,5 % (Vorjahr 28,1 %).

Branchenspezifisch nimmt das Anlagevermögen 74,2 % (im Vorjahr: 77,7 %) der Bilanzsumme ein.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen aus dem in 2014 zur Finanzierung des Neubaus aufgenommenen Darlehen in Höhe von 3,8 Mio. EUR zum Jahresende 2017 mit einem Stand von 3,3 Mio. EUR (im Vorjahr: 3,5 Mio. EUR).

Finanzlage

Die Finanzpolitik der ÜWL hat die langfristige Unternehmensfinanzierung zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit zum Ziel. Für den kurzfristigen Finanzierungsbedarf wurde ÜWL eine Kreditlinie in Höhe von 1,5 Mio. EUR zum variablen Abruf genehmigt.

Die Zahlungsfähigkeit war während des gesamten Geschäftsjahres und darüber hinaus gewährleistet.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden in die Strom- und Wasserversorgungsanlagen sowie die sonstigen Anlagen insgesamt 3,3 Mio. EUR investiert. Damit liegen die Investitionen nach Abzug der von den Zugängen abgesetzten Zuschüsse von 0,4 Mio. EUR über den Abschreibungen und tragen zur Erhöhung des Anlagevermögens bei. Der Finanzmittelbedarf wurde aus eigenen Mitteln gedeckt.

Investitionen

Investitionen - Strom -

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 2,0 Mio. EUR (Vorjahr 1,5 Mio. EUR) in die Stromversorgungsanlagen investiert. Hiervon entfielen 0,6 Mio. EUR auf den Ausbau und die Ertüchtigung des 20-kV- und 1-kV-Kabelnetzes einschließlich der Hausanschlüsse.

Die übrigen Investitionen verteilen sich auf die Errichtung und Ertüchtigung von Trafostationen und Schaltanlagen, Fernwirk-, Rundsteuer- und Nachrichtenanlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Konzessionen und Nutzungsrechte sowie Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte.

Investitionen - Wasser -

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 0,8 Mio. EUR (Vorjahr 1,1 Mio. EUR) investiert. Davon entfielen auf die Neuverlegung und Erneuerung von Transportleitungen und Ortsnetzleitungen einschließlich der Hausanschlüsse 0,5 Mio. EUR.

Investitionen - Gas -

Da ÜWL kein Gasnetz betreibt, beschränken sich die Investitionen auf die Zuordnung anteiliger Investitionen aus dem Gesamtunternehmen.

Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung und als Indikator für die nachhaltige Ertragskraft verwendet die Gesellschaft das Ergebnis vor Steuern, welches auf Basis der handelsrechtlichen Vorschriften zur Rechnungslegung ermittelt wird. Diese Ergebnisgröße ist als Indikator des zahlungswirksamen Ergebnisbeitrags der zentrale finanzielle Leistungsindikator des Unternehmens. Dieses Ergebnis beträgt für 2017 1,6 Mio. EUR und unterschreitet das im Wirtschaftsplan prognostizierte Ergebnis um ca. 0,4 Mio. EUR. Diese Entwicklung im Geschäftsjahr ist im Wesentlichen durch eine große Wasserstörung verursacht worden. Im Weiteren wird auf die vorstehenden Ausführungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verwiesen.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind die prognostizierten Abgabemengen im Strom- und Wasserbereich zu nennen. Insgesamt war in ÜWL-Netzen im Jahr 2017 eine gegenüber dem Vorjahr unverändert hohe Versorgungsqualität zu verzeichnen.

Mitarbeiter

Löhne, Gehälter und Sozialabgaben

Die Gesellschaft beschäftigte zum Bilanzstichtag 113 (im Vorjahr: 114) Mitarbeiter. Grundlage für die Vergütung der Mitarbeiter ist der Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V).

Die Überlandwerk Leinetal GmbH übernimmt als regionales Unternehmen im Landkreis Hildesheim auch im Rahmen der Ausbildung soziale Verantwortung. In drei Ausbildungsjahrgängen werden zum Jahresende 14 Auszubildende beschäftigt. Bezogen auf die Gesamtbelegschaft ergibt sich damit eine Ausbildungsquote von 14 %.

Die Tarifverträge haben eine Laufzeit bis 28. Februar 2018. Wegen diverser Neu- und Ersatzeinstellungen erhöhte sich die Lohn- und Gehaltssumme um 524 TEUR oder 10,2 % gegenüber dem Vorjahr und weil auch acht Altersteilzeitbeschäftigte sich im Jahr 2017 zum größten Teil voll auswirkten.

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt seit dem 1. Juli 2008 39 Stunden.

Die Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung verminderte sich um 323 TEUR. Der Zinsfuß für die Berechnung der Pensionsrückstellungen in der Handelsbilanz verminderte sich zum 31. Dezember 2017 auf 3,67 % und 3,68 % (Vj. 4,01 %). Weiterhin wurde ein Gehaltstrend von 3,0 % bzw. 2,5 % p.a. und ein jährlicher Anstieg der Pensionen mit 2,0 % bzw. 1,75 % berücksichtigt.

Die Pensionszusagen für unsere Belegschaft sind durch Rückstellungen abgesichert. Ein großer Teil des arbeitnehmerfinanzierten Anteils ist bei der Versorgungskasse Energie Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Hannover, rückgedeckt. Zum Jahresende 2017 wurde zusätzlich zum Rückdeckungsanspruch bei der Versorgungskasse Energie, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (1.137 TEUR), ein CTA (Contractual Trust Arrangement) bei dem Vermögenstreuhänder Metzler Trust e.V., Frankfurt a. M., mit zusätzlich 1 000 T EUR auf insgesamt 4 071 TEUR erhöht. Außerdem besteht eine Insolvenzversicherung beim Pensions-Sicherungs-Verein in Köln.

Wertschöpfung je Mitarbeiter beim ÜWL

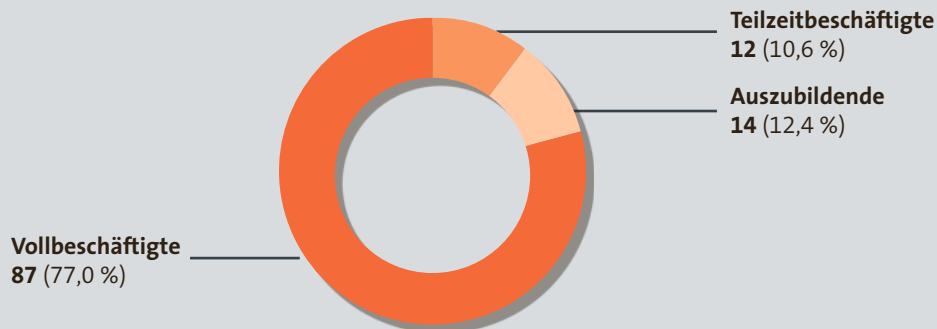
Die Wertschöpfung stellt die Unternehmensleistung (Gesamtertrag) abzüglich der Vorleistung Dritter (im wesentlichen Strom- und Wasserbezüge) und der Abschreibungen dar. Sie wird verwendet zur Deckung des Personalaufwandes, zur Zahlung von Steuern und Konzessionsabgaben, für die Dividende an die Gesellschafter sowie ggf. zur Stärkung der Rücklagen für das Unternehmen selbst. Jeder Mitarbeiter trug mit 99 TEUR zur Wertschöpfung der ÜWL bei.

Ergebnisse nach dem Abschlussstichtag

Die Versorgungskasse Energie, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Hannover, wurde im ersten Quartal 2018 aufgelöst und der Rückdeckungsanspruch (ca. 1.137 TEUR) für ein Teil unserer Pensionsverpflichtungen der Nachfolgeregelung, einem CTA bei dem Vermögens-treuhänder Metzler Trust e.V., Frankfurt a. M., übertragen.

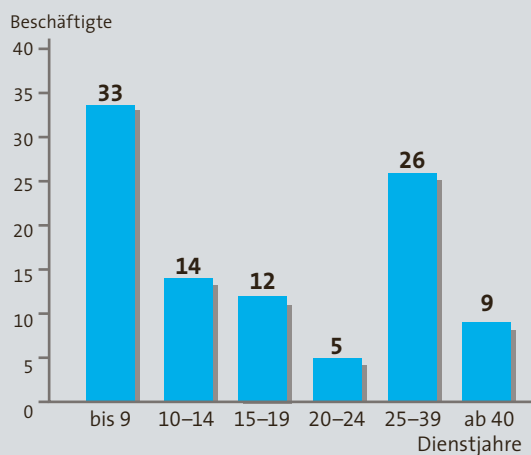
Andere Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Stichtag nicht eingetreten.

Mitarbeiterstruktur 2017



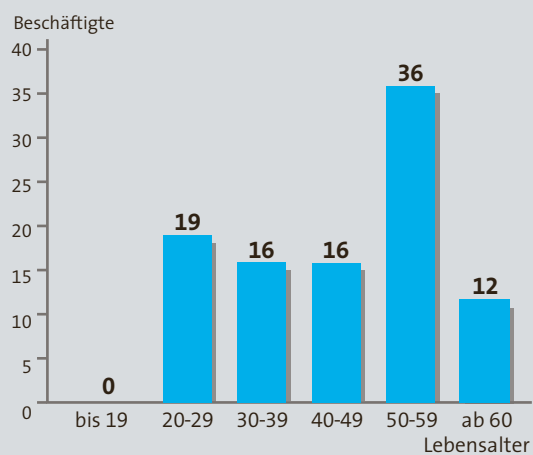
Unternehmenszugehörigkeit 2017

(ohne Auszubildende)



Altersgliederung 2017

(ohne Auszubildende)



Chancen- und Risiko- berichterstattung

Von den Chancen, die zu einer Verbesserung der Ertragslage beitragen sollen, sind vor allem der Ausbau des Gasvertriebs, die Übernahme weiterer Dienstleistungen für Kommunen (Gebührenabrechnungen, Straßenbeleuchtung etc.) und die weitere Vermarktung von Ingenieursleistungen zu nennen. Die nach dem Diesel-Skandal begonnene Diskussion um die E-Mobilität eröffnet Chancen beim Aufbau einer Ladeinfrastruktur.

Um bestandsgefährdende Risiken frühzeitig zu erkennen, hat das Unternehmen ein internes Kontrollsystem installiert. Hierin sind die finanziellen Risiken sowie die aus dem technischen Bereich stammenden Risiken nach ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit in vier Stufen einschließlich der getroffenen Gegenmaßnahmen gelistet.

Für den Betrieb elektrischer Energieversorgungsnetze und die Trinkwasserversorgung bestehen weiterhin die Bestätigungen zum geprüften Technischen Sicherheitsmanagement (TSM S 1000 und W 1000) und das Zertifikat der Berufsgenossenschaft für das Arbeitsschutz-Management-System. Die mit der Zertifizierung verbundenen umfangreichen Nachweis- und Dokumentationspflichten dienen auch als Hilfsmittel für die Risikofrüherkennung.

Der § 11 Absatz 1a Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) enthält den Auftrag an die Bundesnetzagentur, im Benehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik einen Katalog von Sicherheitsanforderungen zu erstellen. Dieser IT-Sicherheitskatalog bezweckt die Sicherstellung eines angemessenen Schutzes gegen Bedrohungen für Telekommunikations- und elektronische Datenverarbeitungssysteme, die für einen sicheren Netzbetrieb notwendig sind. Dementsprechend haben Netzbetreiber ein Informationssicherheits-Management-System (ISMS) zu implementieren, das den Anforderungen der DIN ISO/IEC 27001 sowie der DIN ISO/IEC TR 27019 in der jeweils geltenden Fassung genügt und Telekommunikations- und EDV-Systeme, die für einen sicheren Netzbetrieb notwendig sind, umfasst.

Die Zertifizierung erfolgt in 2018. Die Prüfung des ISMS-Verfahrens wird für ÜWL im April 2018 stattfinden. Die Funktionsfähigkeit und Effizienz des Risikokatasters wird bei Bedarf sofort an die Veränderungen angepasst, aber mindestens im Rahmen der Jahresabschlusserstellung durch eine Risikoinventur überprüft.

Die zunehmende Wettbewerbsintensität im Vertriebsgebiet und die seit Jahren zu beobachtende Abnahme der Einwohnerzahl im Versorgungsgebiet können zu höheren Kundenverlusten als -gewinnen führen. Davon sind sowohl das Privat- als auch das Geschäftskundengeschäft betroffen. Die dadurch entstehenden Absatzmengenverluste sowie die verfallenden Margen bei Neuabschlüssen oder Kundenrückgewinnungen können die Ertragslage des Unternehmens beeinträchtigen. Zur Gegensteuerung wurde 2015 damit begonnen, zusätzliche Kunden außerhalb des Konzessionsgebietes zu gewinnen und den Gasvertrieb aufzubauen.

Öffentliche Diskussionen zur Angemessenheit von Netzentgelten und Energietarifen, die auch im Zusammenhang mit den Belastungen durch die Energiewende geführt werden, können sich auf die künftige Erlösentwicklung der Gesellschaft belastend auswirken.

Die Stromverkaufsmengen und die mengenmäßige Inanspruchnahme des ÜWL Stromverteilungsnetzes überwacht ÜWL mit einem Energiedatenmanagementsystem. Damit können laufend die prognostizierten Mengen mit den tatsächlichen Werten abgeglichen werden. In der Wasserversorgung ist dies durch die laufende Erfassung von Fördermengen und Bezugsmengen an den Übergabestellen sichergestellt.

Durch den Bezugsvertrag mit der GETEC Energie AG, Hannover, wird die jederzeitige Lieferung mit Erdgas bis einschl. 2018 und ab 2019 auch mit Strom gesichert.

Bestandsgefährdende Einzelrisiken für das Unternehmen sind aktuell nicht erkennbar. Die Gesamtsumme der Risiken stellt keine Gefahr für den Fortbestand der Gesellschaft dar.

Prognosebericht

Trotz des konsequenten Umsetzens der strategischen Ausrichtung und gezielten Investitionen erwartet das Überlandwerk Leinetal für die folgenden beiden Geschäftsjahre, durch den fortbestehenden Ergebnisdruck durch Entscheidungen der Regulierungsbehörde und weiterem Preiswettbewerb im Strom- und Gasvertrieb sowie die weiterhin sehr niedrigen Zinsen, ein sinkendes Ergebnis vor Steuern. Für das Geschäftsjahr 2018 wird ein Ergebnis vor Steuern von 1,5 Mio. EUR geplant.

Insbesondere aufgrund der hohen gesetzlichen Förderung der verschiedenen erneuerbaren Energien ist der durch Steuern und staatliche Abgaben verursachte Teil des Strompreises deutlich angestiegen und betrug bereits im Berichtsjahr 2017 ca. 51 %. Durch die geringfügige Verringerung der EEG Umlage um 0,088 Ct/kWh auf 6,792 Ct/kWh und dagegen die Erhöhung der anderen Umlagen ist für das Jahr 2018 ein weiterer Anstieg des Anteils der Steuern und staatlichen Abgaben an dem Strompreis zu verzeichnen.

Den voraussichtlichen Strombedarf für das Jahr 2018 hat ÜWL vollständig und für das Jahr 2019 zu ca. 25 % eingekauft, so dass die Strombeschaffung insoweit gesichert ist; dies gilt sowohl für die Mengen als auch die Preise.

Um dem Risiko der Dotierung von Drohverlustrückstellungen aus einem gegenüber dem Marktpreis höheren Einkaufspreis für die zukünftigen Geschäftsjahre zu begegnen, wurden die eingekauften Mengen laufend an die erwarteten rückläufigen Absatzmengen angepasst. Zusätzlich sind die eingekauften Mengen mit einer Flexibilität von 10 % versehen, die Mehr- oder Minderabsätze abdeckt.

Die Wasserbeschaffung ist durch langfristige Verträge mit der HKW und durch eigene Brunnen gesichert. Bei der künftigen Entwicklung der Wasserabsatzmengen ist eine rückläufige Tendenz zu erwarten. Diese steht insbesondere mit dem demographischen Wandel, den damit auf Dauer verbundenen rückläufigen Einwohnerzahlen sowie dem sparsamen Verbrauchsverhalten der Kunden im Zusammenhang.

Für den Gasbedarf besteht eine vertragliche Regelung bis zum 1. Januar 2021, für den Strombedarf existieren Verträge bis einschl. 2020.

Die für 2018 für die Stromversorgung geplanten Investitionen in Höhe von 2,0 Mio. EUR sind zum größten Teil für die Ertüchtigung und für Neubaumaßnahmen im Versorgungsgebiet vorgesehen.

Die in 2018 für die Wasserversorgung geplanten Investitionen in Höhe von 1,5 Mio. EUR sind zum größten Teil für die Neuverlegung und Erneuerung von Ortsnetzleitungen einschließlich Hausanschlüssen (0,5 Mio. EUR) und Transportleitungen (0,8 Mio. EUR) vorgesehen. Außerdem sind für Absicherung und Netzoptimierung der Trinkwasserversorgung als Folge der Verkeimungsstörung 2017 ca. 0,5 Mio. EUR mit für 2018 eingeplant.

ÜWL hat als Netzbetreiber der Bundesnetzagentur zum 30. Juni 2017 schriftlich angezeigt, dass es die Marktrolle des grundzuständigen Messstellenbetreibers (gMSB) übernehmen wird.

Im Gasbereich sind 2018 keine eigenständigen Investitionen geplant.

Das gesamte Investitionsvolumen von 3,5 Mio. EUR soll überwiegend durch eigene Mittel finanziert werden.



Setzen einer 20kV Station

Bilanz

zum 31. Dezember 2017

Aktiva	Anhang	31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
A. Anlagevermögen	(1)		
Immaterielle Vermögensgegenstände		278 044	258 405
Sachanlagen		33 397 125	33 090 129
Finanzanlagen		2 449 030	2 509 899
		36 124 199	35 858 433
B. Umlaufvermögen			
Vorräte	(2)	487 585	492 863
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)	7 723 253	6 812 975
Flüssige Mittel	(4)	4 105 149	2 802 597
		12 315 987	10 108 435
C. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	(5)	196 257	242 009
Bilanzsumme		48 636 443	46 208 877

Passiva	Anhang	31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
A. Eigenkapital	(6)		
Gezeichnetes Kapital		2 560 000	2 560 000
Kapitalrücklage		5 399 777	5 399 777
Gewinnrücklagen		3 158 956	2 331 956
Gewinnvortrag		289	1 424 341
Jahresüberschuss		828 446	602 947
		11 947 468	12 319 021
B. Sonderposten	(7)	475 579	681 489
C. Rückstellungen	(8)	24 355 629	23 078 800
D. Verbindlichkeiten	(9)	11 857 767	10 129 567
Bilanzsumme		48 636 443	46 208 877

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Anhang	2017 EUR	2016 EUR
Umsatzerlöse		49 131 717	46 576 530
abzüglich Energie- und Stromsteuer		-2 712 037	-2 742 494
	(11)	46 419 680	43 834 036
Andere aktivierte Eigenleistungen		476 634	409 315
Sonstige betriebliche Erträge	(12)	650 641	127 219
Materialaufwand	(13)	-33 126 981	-29 651 325
Personalaufwand	(14)	-7 879 567	-7 610 745
Abschreibungen	(15)	-2 526 550	-2 901 892
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(16)	-1 262 944	-1 160 914
Erträge aus Beteiligungen		106 676	99 502
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		35 516	31 929
Zinsergebnis (davon Aufwendungen aus Aufzinsung EUR EUR -1 199 305; Vorjahr EUR -1 146 586)	(17)	-1 224 977	-1 251 982
Abschreibungen auf Finanzanlagen	(18)	-	- 368 348
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(19)	- 766 646	- 880 987
Ergebnis nach Steuern		901 482	675 808
Sonstige Steuern		- 73 036	- 72 861
Jahresüberschuss		828 446	602 947

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Zugänge brutto	Abzug erhaltener Investitionszuschüsse	Abgänge
	01.01.2017	2017	2017	2017
	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen und Nutzungsrechte	1 186 882	103 587	-	69 329
Sachanlagen				
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	12 950 906	65 061	-	-
Stromverteilungsanlagen	78 274 585	1 974 613	241 475	369 831
Wassergewinnungs- und Wasserverteilungsanlagen	25 694 930	827 536	202 128	53 104
Sonstige technische Anlagen	2 859 782	-	-	-
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4 034 603	361 146	-	147 564
Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	-	-	-	-
	123 814 806	3 228 356	443 603	570 499
Finanzanlagen				
Beteiligungen	1 995 132	-	-	-
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1 043 115	-	-	60 869
	3 038 247	-	-	60 869
	128 039 935	3 331 943	443 603	700 697

Anschaffungs-/ Herstellungskosten 31.12.2017 EUR	Abschrei- bungen 01.01.2017 EUR	Abschrei- bungen Zugänge 2017 EUR	Abschrei- bungen Abgänge 2017 EUR	Abschrei- bungen 31.12.2017 EUR	Restbuchwert 31.12.2017 EUR	Restbuchwert 31.12.2016 EUR
1 221 140	928 477	83 779	69 160	943 096	278 044	258 405
13 015 967	2 880 572	214 999	-	3 095 571	9 920 396	10 070 334
79 637 892	66 442 555	1 162 117	348 088	67 256 584	12 381 308	11 832 030
26 267 234	16 738 384	645 865	43 646	17 340 603	8 926 631	8 956 545
2 859 782	2 141 035	61 113	-	2 202 148	657 634	718 747
4 248 185	2 522 131	358 677	143 779	2 737 029	1 511 156	1 512 473
-	-	-	-	-	-	-
126 029 060	90 724 677	2 442 771	535 513	92 631 935	33 397 125	33 090 129
1 995 132	528 348			528 348	1 466 784	1 466 784
982 246	-			-	982 246	1 043 115
2 977 378	528 348	-	-	528 348	2 449 030	2 509 899
130 227 578	92 181 502	2 526 550	604 673	94 103 379	36 124 199	35 858 433

Anhang

Allgemeine Vorbemerkungen

Jahresabschluss

Die Überlandwerk Leinetal GmbH, Gronau (Leine), ist beim Registergericht Hildesheim unter der Handelsregisternummer HRB 15043 gemeldet.

Der Jahresabschluss 2017 wurde zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften, des GmbH-Gesetzes (GmbHG) und des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) aufgestellt.

Zur besseren Übersicht sind in der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen. Die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung anzubringenden Vermerke ebenso wie Vermerke, die wahlweise in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder zum Anhang zu machen sind, werden insgesamt im Interesse einer besseren Übersichtlichkeit im Anhang aufgeführt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Die im Vorjahr angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden, sofern nicht nachfolgend darauf hingewiesen wird, im Berichtsjahr fortgeführt.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

a) Aktiva

Anlagevermögen

Entgeltlich von Dritten erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten aktiviert und ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechend linear, im Zugangsjahr zeitanteilig, abgeschrieben. Einbezogen ist ein Regieko-
stenzuschlag von 5 %.

Die Sachanlagen werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen, sofern abnutzbar, bewertet. Neben der linearen findet auch die degressive Abschreibungsmethode Anwendung. Für Sachanlagen, die bereits zum 1. Januar 2010 vorhanden waren und degressiv abgeschrieben wurden, wird das Beibehaltungswahlrecht gemäß Art. 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB ausgeübt und die degressive Abschreibung fortgeführt. Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen grundsätzlich zeitanteilig. Zugänge ab dem Geschäftsjahr 2007 werden ausschließlich linear entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Als wesentliche Beispiele werden hier Niederspannungskabel mit einer Nutzungsdauer von 25 Jahren und Wasserortnetzleitungen mit einer Nutzungsdauer von 30 Jahren genannt. In den Herstellungskosten der selbst erstellten Wirtschaftsgüter sind auch angemessene Teile der Kosten der Verwaltung enthalten.

In Bezug auf die Bilanzierung geringwertiger Wirtschaftsgüter wird handelsrechtlich die steuerrechtliche Regelung des § 6 Abs. 2 und Abs. 2a EStG angewendet. Anschaffungskosten von abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die für das einzelne Wirtschaftsgut 150 EUR nicht übersteigen und einer selbständigen Nutzung fähig sind, werden im Wirtschaftsjahr der Anschaffung in voller Höhe als Betriebsausgaben erfasst. Für geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten mehr als 150 EUR und bis zu 1 000 EUR betragen, wird ein jährlicher Sammelposten im Sinne des § 6 Abs. 2a EStG gebildet. Der jährliche Sammelposten wird über fünf Jahre gewinnmindernd aufgelöst.

Bei den Finanzanlagen sind Beteiligungen und Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, zu Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bzw. zu ihrem Nennwert angesetzt. Gegebenenfalls werden Wertberichtigungen vorgenommen.

Umlaufvermögen

Vorräte werden zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Anschaffungskosten angesetzt. Vorräte mit geminderter Verwendbarkeit oder übermäßiger Lagerdauer werden entsprechend abgewertet.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände sowie flüssige Mittel werden zu Nennwerten bilanziert. Die erkennbaren Einzelrisiken und das allgemeine Kreditrisiko bei den Forderungen werden durch angemessene Abwertungen berücksichtigt.

Vermögensgegenstände des Deckungsvermögens

Zur Erfüllung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitguthaben der Mitarbeiter sind entsprechende Mittel in Sparkonten angelegt.

Ferner bestehen Ansprüche aus rückgedeckten Pensionsverpflichtungen gegen die Versorgungskasse Energie VVaG, Hannover.

Die Bewertung des Deckungsvermögens erfolgt von 2010 an zum beizulegenden Zeitwert, der den Anschaffungskosten entspricht. Das Deckungsvermögen wird mit den jeweils zugrunde liegenden Verpflichtungen gemäß § 246 Abs. 2 HGB verrechnet. Entsprechend wird mit den zugehörigen Aufwendungen und Erträgen aus Zinseffekten und aus dem zu verrechnenden Vermögen verfahren. Der die Verpflichtungen übersteigende beizulegende Zeitwert des Deckungsvermögens wird als „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ auf der Aktivseite der Bilanz erfasst.

Latente Steuern

Latente Steuern werden ab 2010 für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrecht- und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt.

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes von aktuell 29,475 %. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Im Falle einer Steuerentlastung wird vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht. Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine – nicht bilanzierte – aktive latente Steuer.

b) Passiva

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital wird zum Nennwert ausgewiesen.

Investitionszuschüsse

Die Auflösung der bis 2002 vereinnahmten Investitionszuschüsse erfolgt weiterhin linear über die Umsatzerlöse. Bei der Auflösung der Ertragszuschüsse wurde grundsätzlich eine Gesamtdauer von 20 Jahren – unabhängig von der Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes – unterstellt. Die Auflösung wird hierbei linear über die Gesamtdauer beziehungsweise über die verbleibende Restdauer zugunsten der Umsatzerlöse vorgenommen.

Seit 2003 werden die Investitionszuschüsse aktivisch vom Leitungsnetz im Anlagevermögen abgesetzt. Zur besseren Übersicht hat ÜWL in der Entwicklung des Anlagevermögens eine zusätzliche Spalte „Abzug erhaltener Investitionszuschüsse 2017“ eingefügt, um die Zugänge 2017 „brutto“ zeigen zu können.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnung nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck bewertet. Als Bewertungsendalter werden grundsätzlich die frühestmöglichen Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung unter Berücksichtigung der Regelungen des RV-Altersgrenzenanpassungsgesetzes vom 20. April 2007 herangezogen. Für Mitarbeiter mit abgeschlossenen Vorruhestands- oder Altersteilzeitvereinbarungen wird das vertraglich vereinbarte Endalter berücksichtigt. Des Weiteren werden Fluktuationswahrscheinlichkeiten verwendet.

Für die Abzinsung der Pensionsverpflichtung wird nicht mehr der auf Basis der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätze ermittelte Rechnungszins der vergangenen sieben Geschäftsjahre (2,80 % bzw. 2,81 %) zugrunde gelegt sondern der nach § 253 Abs. 2 HGB veränderte Rechnungszins auf Basis der letzten zehn Jahre, welcher für 2017 3,67 % bzw. 3,68 % betrug. Der Differenzbetrag der Rückstellung aus den beiden unterschiedlichen Zinssätzen betrug 3 664 564 EUR und ist nach § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB mit einer Ausschüttungssperre belegt. Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden wie im Vorjahr jährliche Lohn- und Gehaltstrends von 3,0 % bzw. 2,5 % und Rententrends von jährlich 2,0 % bzw. 1,75 % zugrunde gelegt.

Die Verpflichtungen aus Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen werden mit den Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung der Altersvorsorgungs- und ähnlichen Verpflichtungen dienen und dem Zugriff fremder Dritter entzogen sind (sog. Deckungsvermögen), verrechnet. Hier wurde der zum Jahresende 2016 zusätzlich zum Rückdeckungsanspruch bei der Versorgungskasse Energie, Versicherungsverein auf Gegen-

seitigkeit (1 136 564 EUR), begründete CTA bei dem Vermögenstreuhänder Metzler Trust e.V., Frankfurt a.M., um 1 000 000 EUR auf 4 071 076 EUR aufgestockt. Die Bewertung des zweckgebundenen, verpfändeten und insolvenzgesicherten Deckungsvermögens erfolgt zum beizulegenden Zeitwert.

Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeit werden nach Maßgabe des Blockmodells gebildet. Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit erfolgt unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 2,80 % p.a. und auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen. Die Rückstellungen für Altersteilzeit wurden für eine zum Bilanzstichtag bereits abgeschlossene und weitere zukünftige potenzielle Altersteilzeitvereinbarungen gebildet. Sie enthalten Aufstockungsbeträge und bis zum Bilanzstichtag aufgelaufene Erfüllungsverpflichtungen der Gesellschaft. Der Berechnung wurde eine Anwartschaftsdynamik von 3,0 % p.a. zugrunde gelegt.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten. Der Ansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind, soweit nicht anders ausgewiesen, mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Bilanzerläuterungen

(1) Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist in einer gesonderten Aufstellung dargestellt, die Bestandteil des Anhanges ist. Des Weiteren ist dem Anhang eine Übersicht über die Zusammensetzung der Finanzanlagen beigefügt, aus der auch die ausstehenden Einlagen am Stammkapital bzw. Kommanditkapital auf die bestehenden Beteiligungen ersichtlich sind.

Die Tilgung der an Energie Freden GmbH & Co KG gewährten Ausleihungen erfolgte planmäßig. Das Darlehen über 250 000 EUR an die Windenergie Koppelberg GmbH blieb unverändert als Darlehen bestehen und wird weiterhin verzinst.

Der Windenergie Leinetal GmbH & Co. KG wurde im Geschäftsjahr ein Annuitätendarlehen über 10 Jahre mit 150 000 EUR gewährt, bei dem die planmäßige monatliche Tilgung in 2017 überwiegend gestundet worden ist.

(2) Vorräte

Das Vorratsvermögen besteht nahezu ausschließlich aus Bau- und Betriebsmaterialien.

(3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	2017 EUR	davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr EUR	2016 EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5 541 903	–	4 969 883
Forderungen gegen Gesellschafter	1 142	–	8
Sonstige Vermögensgegenstände	2 180 208	–	1 843 084
	7 723 253	–	6 812 975



Einsatzfahrzeuge des ÜWL.

Die Forderungen gegen Gesellschafter resultieren aus der Konzessionsabgabe Strom.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Steuererstattungsansprüche aus Umsatz- und Ertragsteuer von 178 TEUR (Vorjahr 372 TEUR).

Auch in 2016 hatten alle Forderungen eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

(4) Flüssige Mittel

Unter flüssigen Mitteln sind Kassenbestand sowie Guthaben bei Kreditinstituten zusammengefasst.

(5) Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung

Dieser Posten beinhaltet einen Aktivüberhang aus der Verrechnung von Deckungsvermögen mit Rückstellungen, bei dem Rückdeckungsansprüche an die Versorgungskasse Energie von 196 257 EUR ausgewiesen werden.

Erfüllungsbetrag (vor Saldierung)	1 136 564 EUR
-AK des Deckungsvermögens	- 940 307 EUR
= Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	<u>196 257 EUR</u>

Die Anschaffungskosten des Deckungsvermögens entsprechen dem Zeitwert.

(6) Eigenkapital

Die Geschäftsanteile am gezeichneten Kapital werden von folgenden Gesellschaften gehalten:

- Avacon AG, Helmstedt	1 228 800 EUR (48 %)
- Stadt Gronau (Leine)	665 600 EUR (26 %)
- Landkreis Hildesheim (Landkreis Hildesheim Holding GmbH)	665 600 EUR (26 %)

Der Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 2 027 288 EUR (incl. Gewinnvortrag 1 424 341 EUR) wurde im Jahr 2017 mit einem Betrag von 1 200 000 EUR an die Gesellschafter ausgeschüttet und ein Betrag von 827 000 EUR in die Gewinnrücklagen eingestellt. Es verblieb ein Gewinnvortrag in Höhe von 289 EUR. Erforderliche Beschlüsse wurden in 2017 gefasst.

Vom Jahresüberschuss 2017 (828 735 EUR) incl. Gewinnvortrag in Höhe von insgesamt 289 EUR soll an die Gesellschafter keine Ausschüttung erfolgen und der Betrag in vollem Umfang (828 000 EUR) den Gewinnrücklagen zugeführt werden. Die entsprechenden Beschlüsse sind noch zu fassen.

(7) Sonderposten

Es handelt sich um Investitionszuschüsse bis 2002 von Energie- und Wasserabnehmern. Die Auflösung der Investitionszuschüsse wird weiterhin unter Umsatzerlöse ausgewiesen und beträgt 205 909 EUR.

(8) Rückstellungen

	2017 EUR	2016 EUR
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	20 172 656	20 030 404
Sonstige Rückstellungen	4 182 973	3 048 396
	24 355 629	23 078 800

Bei den sonstigen Rückstellungen wurden Rückstellungen für den Personalbereich (797 TEUR) gebildet, die damit einen Bestand von 1 231 TEUR ausweisen. Für fehlende Stromrechnungen wurden 1 993 TEUR zurückgestellt. Die Wasserlieferungsverpflichtungen betragen zum Jahresende 540 TEUR, die Verpflichtung zur Eichung und Überholung von Zählern wurde komplett aufgelöst (276 TEUR) und die Sonstigen Rückstellungen sind zum Bilanzstichtag mit 419 TEUR beziffert.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden mit Deckungsvermögen in Höhe von 5011 TEUR und Altersteilzeitverpflichtungen wurden mit Deckungsvermögen in Höhe von 344 TEUR gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

(9) Verbindlichkeiten

	2017 EUR	mit einer Restlaufzeit von		2016 EUR
		mehr als 1 Jahr EUR	davon mehr als 5 Jahre EUR	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3 324 998	3 113 886	2 269 438	3 536 110
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4 294 318	-	-	2 147 337
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	919	-	-	360 629
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	103 547	-	-	94 749
Sonstige Verbindlichkeiten	4 133 995	-	-	3 990 742
	11 857 767	3 113 886	2 269 438	10 129 567

Zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres bestanden Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit über einem Jahr in Höhe von 3 114 TEUR (Vorjahr 3 325 TEUR).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bestehen aus noch zu zahlenden Konzessionsabgaben Wasser.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten 103 547 EUR für Lieferungen und Leistungen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 457 359 EUR (Vorjahr 379 224 EUR).

Ausschließlich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind mit einer Grundschuld gesichert.

(10) Haftungsverhältnisse und Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Mit der Harzwasser-Kommunale Wasserversorgung GmbH besteht ein Wasserlieferungsvertrag über eine jährliche Mindestabnahme von insgesamt 1 680 000 cbm Wasser. Der Vertrag läuft bis zum Jahr 2023. Die daraus resultierende Verpflichtung beträgt nach derzeit gültigen Preisen ca. 1,0 Mio. EUR jährlich.

Mit der Uniper Energy Sales GmbH besteht ein Stromlieferungsvertrag für 2018. Für 2019 und 2020 besteht ein

Liefervertrag mit GETEC. Die daraus resultierenden Verpflichtungen betragen zum Bilanzstichtag ca. 5,7 Mio. EUR.

Mit der Getec Energie AG besteht ein Gaslieferungsvertrag für 2018. Die daraus resultierenden Verpflichtungen betragen zum Bilanzstichtag ca. 588 TEUR. Mit der innogy SE besteht ein Gaslieferungsvertrag für die Jahre 2019 und 2020. Es resultieren aus diesem Vertrag zum Bilanzstichtag noch keine Zahlungsverpflichtungen.

Folgende Bürgschaften bestanden zum Bilanzstichtag:

vom 09.10.2014 an	
Windenergie Koppelberg GmbH	118 000 EUR
vom 18.06.2014 an	
Windenergie Leinetal GmbH & Co. KG	41 925 EUR
vom 09.10.2014 an	
Windenergie Leinetal GmbH & Co. KG	18 750 EUR
vom 09.10.2014 an	
Windenergie Leinetal GmbH & Co. KG	31 250 EUR
vom 12.11.2014 an	
Windenergie Leinetal GmbH & Co. KG	167 700 EUR

Die anderen finanziellen Verpflichtungen bestehen aus den üblichen schwebenden Geschäften für begonnene Investitionen und Unterhaltungsmaßnahmen. Die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme der gesamten Bürgschaften ist zum Bilanzstichtag und der Zeit der Aufstellung des Jahresabschlusses 2017 gleich Null.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(11) Umsatzerlöse

	2017	2016
	EUR	EUR
Erlöse aus Stromverkauf	39 261 155	37 384 134
Erlöse aus Wasserverkauf	4 091 950	4 267 866
Erlöse aus Gasverkauf	1 093 794	762 501
Installationen und Auflösung von Ertragszuschüssen	1 444 881	862 549
Sonstige Erlöse	527 900	556 986
	46 419 680	43 834 036

Sämtliche Umsatzerlöse sind im Inland angefallen.

In den Sparten Strom und Wasser werden die Großkunden monatlich nach durchgeführter Zählerablesung abgerechnet. Bei den Tarifkunden werden die Jahresabrechnungen grundsätzlich auf der Grundlage der am Jahresende abgelesenen Zählerstände unter Berücksichtigung der jeweiligen Abschlagszahlungen erstellt. Bei Tarifkunden wurde der Verbrauch vom Ablesetag bis zum 31. Dezember wie im Vorjahr hochgerechnet.

(12) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten u.a. periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (414 TEUR) und Anlagenabgängen (17 TEUR).

(13) Materialaufwand

	2017	2016
	EUR	EUR
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	29 735 888	26 331 475
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 508 926	1 441 526
Konzessionsabgaben	1 882 167	1 878 324
	33 126 981	29 651 325

(14) Personalaufwand

	2017	2016
	EUR	EUR
Löhne und Gehälter	5 654 573	5 130 589
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2 224 994	2 480 156
davon für Altersversorgung	(1 087 057)	(1 419 250)
	7 879 567	7 610 745

2017 waren im Jahresdurchschnitt genau wie im Vorjahr 101 Mitarbeiter beschäftigt, davon 39 gewerbliche Arbeitnehmer und 62 Angestellte (§§ 267 Abs. 5, 285 Nr. 7 HGB).

Außerdem waren am Jahresende 14 Auszubildende und für die Zählerablesung 50 kurzfristig Beschäftigte durchschnittlich drei Wochen beschäftigt.

Nicht als Personalaufwand erfasst sind Beträge, die sich aus der Aufzinsung (einschließlich Zinssatzänderung) der langfristigen Personalrückstellungen, insbesondere der Pensionsrückstellungen, ergeben. Diese sind im Zinsergebnis ausgewiesen.

(15) Abschreibungen

	2017	2016
	EUR	EUR
Sachanlagen	2 442 771	2 824 060
Immaterielle Vermögensgegenstände	83 779	77 832
	2 526 550	2 901 892

(16) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen die allgemeinen Betriebs- und Geschäftsaufwendungen. Periodenfremde Aufwendungen entfallen auf Forderungsausfälle in Höhe von 87 TEUR sowie auf Verluste aus Anlagenabgängen (33 TEUR).

(17) Zinsergebnis

	2017	2016
	EUR	EUR
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	75 422	3 788
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1 300 399	- 1 255 770
davon Aufzinsung von Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern	(-1 199 305)	(- 1 139 306)
	- 1 224 977	- 1 251 982

Die Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung der Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern werden saldiert mit den Zinserträgen aus dem Deckungsvermögen angegeben.

(18) Abschreibungen auf Finanzanlagen

Im aktuellen Jahr wurden keine Abschreibungen auf Finanzanlagen durchgeführt. Am Jahresende 2016 wurden die restlichen 70 % der Beteiligung an der Windenergie Leinetal GmbH & Co. KG (364 270 EUR) abgeschrieben.

(19) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragsteuern betreffen mit 407 TEUR (Vorjahr 475 TEUR) Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und mit 360 TEUR (Vorjahr 406 TEUR) Gewerbesteuer.

In den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sind Aufwendungen für Vorperioden von 1 TEUR enthalten.

Latente Steuern sind im Steueraufwand nicht enthalten. Passive Steuerlatenzen bestehen aus den Pensionsverpflichtungen vor Saldierung mit dem Deckungsvermögen. Hieraus ergibt sich aufgrund der höheren Verpflichtungen im handelsrechtlichen Abschluss gegenüber den steuerlichen Wertansätzen eine passive Steuerlatenz. Aktive Latenzen resultieren aus für steuerliche Zwecke nicht ansetzbaren Rückstellungen und den Beteiligungen an Personengesellschaften. In Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wurde für den Überhang aktiver Steuerlatenzen eine aktive latente Steuer nicht bilanziert.

Angaben über bestimmte Geschäfte größeren Umfangs (§ 6b Abs. 2 EnWG)

Die Gesellschaft hat Geschäfte größeren Umfangs mit Gesellschaftern, die aus dem Rahmen der gewöhnlichen Energieversorgungstätigkeit herausfallen, im Geschäftsjahr 2017 und nach Beendigung dieses Geschäftsjahrs nicht getätigt.

Honorar des Abschlussprüfers (§ 285 Nr. 17 HGB)

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt 145 TEUR.

Das Honorar schlüsselt sich in Abschlussprüfungsleistungen (48 TEUR), andere Bestätigungsleistungen (3 TEUR), Steuerberatungsleistungen (8 TEUR) und sonstige Leistungen (86 TEUR) auf.

Ereignisse nach dem Abschlussstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Stichtag nicht eingetreten.

Vom Jahresüberschuss 2017 (828 735 EUR) incl. Gewinnvortrag in Höhe von insgesamt 289 EUR soll der gesamte Betrag (828 000 EUR) den Gewinnrücklagen zugeführt werden.

Entwicklung der Finanzanlagen

	Grund-/ Stammkapital Kommanditkapital Haftungskapital eG	Anteil bzw. Beteiligung	Anschaffungs- kosten 01.01.2017
	EUR	in %	EUR
Finanzanlagen			
1. Beteiligungen			
Avacon AG, Helmstedt	357.616.000,00	0,04	85.850,62
Harzwasser - Kommunale Wasserversorgung GmbH, Syke	5.268.000,00	9,04	476.100,00
Harzwasser - Kommunale Wasserversorgung GmbH, Syke	-	-	478.412,23
Bürger-Energie-Gronau (Leine) eG, Gronau	836.800,00	72 Anteile	7.200,00
Bürger-Energie-Elze eG, Elze	165.500,00	20 Anteile	2.000,00
Solargenossenschaft Holle u. Ambergau eG, Holle	200.100,00	5 Anteile	500,00
Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG, Heinde	1.285.000,00	7,78	100.000,00
Energie Freden Verwaltungs GmbH, Freden	25.000,00	16,67	2.083,50
Energie Freden GmbH & Co.KG, Freden	600.000,00	16,67	100.000,00
Windenergie Koppelberg Verwaltungs GmbH, Bad Salzdettfurth	25.050,00	16,67	2.087,50
Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG, Bad Salzdettfurth	750.000,00	16,67	125.000,00
Windenergie Leinetal Verwaltungs-GmbH, Freden	50.000,00	25,10	12.550,00
Windenergie Leinetal GmbH & Co. KG, Freden	1.900.010,00	27,59	524.270,00
Windenergie Leinetal 2 Verwaltungs-GmbH, Freden	25.000,00	20,00	1.359,50
Windenergie Leinetal 2 GmbH & Co. KG, Freden	1.000.000,00	20,00	2.718,32
Bürgerwindrad Evensen -Stille Beteiligung-	465.000,00	26,32	75.000,00
			1.995.131,67
* Das Jahresergebnis entfällt auf das Geschäftsjahr 2017; alle anderen Jahresergebnisse entfallen auf das Geschäftsjahr 2016			
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			
Energie Freden GmbH & Co. KG, Freden			253.952,61
Energie Freden GmbH & Co. KG, Freden			392.279,60
Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG, Bad Salzdettfurth			250.000,00
Windenergie Leinetal GmbH & Co.KG, Freden			146.882,85
			1.043.115,06
			3.038.246,73

Zugänge	Abgänge	Abschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen kumuliert 31.12.2017	Buchwert 31.12.2017	letztes Jahresergebnis	ausstehende Einlagen 31.12.2017
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
-	-	-	-	85.850,62	206.700.000,00	
-	-	-	-	476.100,00	1.888.961,92	
-	-	-	-	478.412,23	-	
-	-	-	-	7.200,00	20.090,52	
-	-	-	-	2.000,00	4.112,00	
-	-	-	-	500,00	6.649,40	
-	-	-	-	100.000,00	71.134,85	
-	-	-	-	2.083,50	527,93 *	2.083,50
-	-	-	-	100.000,00	80.688,46 *	
-	-	-	-	2.087,50	361,51 *	
-	-	-	-	125.000,00	217.407,13	
-	-	-	-	12.550,00	2.104,53	
-	-	-	524.270,00	-	-117.703,56	
-	-	-	1.359,50	-		
-	-	-	2.718,32	-		
-	-	-	-	75.000,00		
-	-	-	528.347,82	1.466.783,85		2.083,50
-	21.414,02	-	-	232.538,59		
-	29.490,22	-	-	362.789,38		
-	-	-	-	250.000,00		
-	9.965,29	-	-	136.917,56		
-	60.869,53	-	-	982.245,53		
-	60.869,53	-	528.347,82	2.449.029,38		

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter

Avacon AG, Helmstedt
Landkreis Hildesheim
Stadt Gronau (Leine)

Aufsichtsrat

Michael Söhlke,
Vorsitzender des Vorstandes der Avacon AG, Helmstedt,
1. stellvertretender Vorsitzender bis 11.05.2017,
Vorsitzender ab 12.05.2017

Rainer Mertens,
Stadtdirektor, Gronau (Leine),
2. stellvertretender Vorsitzender bis 11.05.2017,
1. stellvertr. Vorsitzender ab 12.05.2017

Olaf Levonen,
Landrat, Hildesheim,
Vorsitzender bis 11.05.2017,
2. stellvertretender Vorsitzender ab 12.05.2017

Stefan Anlauf, Avacon AG, Helmstedt, bis 30.09.2017

Bernd Beushausen, Bürgermeister, Alfeld (Leine)

Friedrich-Georg Block-Grupe, Ratsherr, Gronau (Leine)

Diddo Diddens, Avacon AG, Helmstedt, ab 01.10.2017

Waltraud Friedemann,
Kreistagsabgeordnete, Hildesheim

Karl-Heinz Gieseler, Bürgermeister, Gronau (Leine)

Sabine Hermes, Kreistagsabgeordnete, Hildesheim,

Rena Hinze, Avacon AG, Helmstedt, ab 01.10.2017

Rainer Mundt, Ratsherr, Gronau (Leine), ab 23.10.2017

Dr. Holger Schütte, Kreistagsabgeordneter, Hildesheim,

Franka Simon-Host, Avacon AG, Helmstedt,
bis 30.09.2017

Geschäftsführer



Markus Königshofen,
Hildesheim

Volker Zündorf,
Gehrden

Auf die Angabe der Bezüge der amtierenden Geschäftsführer wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat sich während des Geschäftsjahres 2017 regelmäßig über die Entwicklung und die Lage der Gesellschaft mündlich und schriftlich unterrichten lassen und die Geschäftsführung überwacht. In allen Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für das Unternehmen war der Aufsichtsrat eingebunden und hat diese eingehend beraten. Alle Maßnahmen, die nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen, wurden nach entsprechender Prüfung und Beratung verabschiedet.

Der Aufsichtsrat hielt zwei Sitzungen ab. Zusätzlich tagte der vom Aufsichtsrat gebildete Arbeitsausschuss zweimal. Beide Gremien befassten sich u.a. mit dem Jahresabschluss des abgelaufenen Geschäftsjahres sowie der Wirtschaftsplanung für das kommende Geschäftsjahr. Einen Schwerpunkt bildeten die niedrigen Zinsen und die daraus resultierende Belastung des Jahresergebnisses durch steigende Pensionsrückstellungen.

Der von der Geschäftsführung vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 sowie der Lagebericht wurden von der WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk liegt vor.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigt der Aufsichtsrat das Ergebnis der Abschlussprüfung sowie den von der Geschäftsführung vorgelegten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und den Lagebericht.

Gronau (Leine), im Mai 2018

Der Aufsichtsrat

Marten Bunnemann
Vorsitzender



Im Einsatz bei großem Hochwasser im Leinetal

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 15. Mai 2018 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„ BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Überlandwerk Leinetal GmbH, Gronau (Leine)

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Überlandwerk Leinetal GmbH, Gronau (Leine), – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Überlandwerk Leinetal GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung

mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges

Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Wir haben die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, geprüft. Darüber hinaus haben wir den Tätigkeitsabschluss für die Tätigkeit Elektrizitätsverteilung – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 einschließlich der Angaben zu den Regeln, nach denen die Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens sowie die Aufwendungen und Erträge den gemäß § 6b Abs. 3 Satz 1 bis 4 EnWG geführten Konten zugeordnet worden sind – geprüft.

Nach unserer Beurteilung

- wurden die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, in allen wesentlichen Belangen erfüllt und
- entspricht der beigefügte Tätigkeitsabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften des § 6b Abs. 3 EnWG.

Wir haben unsere Prüfung nach § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend sowie im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ weitergehend beschrieben.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie zur Einhaltung dieser Pflichten als notwendig erachtet haben.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt wurden sowie einen Vermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet. Die Prüfung umfasst die Beurteilung, ob die Wertansätze und die

Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.“

Den erstellten Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Überlandwerk Leinetal GmbH, Gronau (Leine), für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 und des Lageberichts für dieses Geschäftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F.).

Hannover, den 15. Mai 2018

WIBERA Wirtschaftsberatung
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Moritz Meyer
Wirtschaftsprüfer

Kathrin Pethke
Wirtschaftsprüferin



Wir danken Ihnen für die Unterstützung unseres Unternehmens in der Vergangenheit, für Ihr Vertrauen in uns und würden uns über eine weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit freuen.



Überlandwerk Leinetal GmbH

Am Eltwerk 1
31028 Gronau (Leine)

Telefon 05182 588-25
Fax 05182 903942

info@uewl.de
www.uewl.de